

Islamistische Akteure in Europa : Strategien und Themen

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Islamistische Akteure in Europa – Strategien und Themen

Islamistische Gewalt: Welche Gefahr geht von Akteuren islamistischer Organisationen aus? Auch wenn sich einige solcher Organisation öffentlich von der Gewaltausübung distanzieren, bleibt laut dem deutschen Verfassungsschutz eine langfristige Bedrohung erhalten. Eine Analyse.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck, Oberstleutnant d.R. der Bundeswehr

Verschiedene Sicherheitsbehörden und Politikwissenschaftler in ganz Europa betonen das Gefahrenpotenzial, das von islamistischen Organisationen und Akteuren, auch von «legalistische Islamisten», die sich öffentlich von islamistischer Gewalt distanzieren, in Europa ausgeht.

Deutsche Verfassungsschutzbehörden schätzen das Gefahrenpotenzial für die europäische Demokratie, die von legalistischen islamistischen Organisationen und Akteuren ausgeht, gar wie folgt ein: «Auf lange Sicht ist die aus dem legalistischen Islamismus resultierende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung grösser als jene durch den Dschihadismus.»

Nach Angaben der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung trachten legalistische islamistische Organisationen in Europa danach, einen islamischen Staat zu errichten.

So gehen verschiedene Verfassungsschutzbehörden davon aus, dass der legalistische Islamismus gar «gefährlicher als der gewaltbereite Islamismus» sei, weil legalistische Islamisten versuchten, in die europäische Gesellschaft einzusickern und Politik und Gesellschaft zu vereinnahmen und zu beeinflussen. Daher könnten sie unsere Demokratie schwer beschädigen.

«Millî Görüş»

Die von den deutschen Verfassungsschutzbehörden als legalistisch-islamistisch eingestufte «Millî-Görüş»-Bewegung («Nationale Sicht») will nach Angaben der

deutschen Sicherheitsbehörden die westliche «Ordnung des Unrechts» durch eine «islamische gerechte Ordnung» ersetzen. Allein in Deutschland gehören ihr nach Angaben der deutschen Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden etwa 10 000 Personen an.

Die «Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.» (IGMG) in Deutschland ist im «European Council for Fatwa and Research» (ECFR) vertreten, ihre Studentenorganisation gehört dem «Forum of European Muslim Youth and Student Organizations» (FEMYSO) an. Dies zeigt eine Affinität zur «Muslimbruderschaft» auf. Daneben bestehen Kontakte zur türkisch-rechtsextremistischen «Ülkücü-Bewegung» (Graue Wölfe).

Die «Islamische Gemeinschaft Millî Görüş» (IGMG) beschreibt sich selbst als eine islamische Religionsgemeinschaft, die das «religiöse Leben der Muslime umfassend organisieren» möchte. Nach eigenen Angaben der IGMG ist sie in zwölf ver-



Yusuf Al Qaradawi wird als Agitator der Muslimbruderschaft vermutet.

schiedenen europäischen Staaten etabliert, darunter in der Schweiz, in Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, in den Niederlanden und in England und hat europaweit zirka 127 000 Mitglieder. Nach eigenen Angaben besuchen zirka 350 000 Personen ihre Freitagsgebete.

Sie bezeichnet sich als die «grösste zivilgesellschaftliche Organisation Europas» und unterhält mit ihrer Frauen-, Jugend-, Studierenden- und Frauenjugendorganisation 2330 Zweigstellen.

Der «Millî Görüş»-Bewegung zuzuordnende Vereinigungen sind «İsmail Ağa Cemaati» (IAC), «SAADET Europa e.V.», «Europavertretung der Erbakan-Stiftung» sowie die «Millî Gazete». Die «İsmail Ağa Cemaati» (IAC) gilt als einer der radikaleren Zweige der Bruderschaft. Spirituelles Oberhaupt ist der in der Türkei lebende Scheich Mahmud Ustaosmanoğlu. Die «Saadet Partisi» (SP), seit dem Jahr 2001 die politische Vertretung der «Millî Görüş»-Bewegung in der Türkei, begann im Jahr 2013 damit, auch ausserhalb der Türkei Strukturen aufzubauen.

Die «Erbakan-Stiftung» wurde im Juni 2013 in der Türkei gegründet. Als Sprachrohr der «Millî Görüş»-Bewegung bildet die formal unabhängige türkische Tageszeitung «Millî Gazete» nach Einschätzung der deutschen Verfassungsschutzbehörden ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Akteuren der Bewegung und trägt zur Verfestigung islamistischer Positionen bei.

Muslimbruderschaft

«Der Islam wird Europa erobern, ohne Schwert und ohne Kampf.» Sehr deutlich erklärte der einflussreichste zeitgenössische Denker und Agitator der weltweiten Muslimbruderschaft Yusuf Al Qaradawi im katarischen Fernsehen, was das Ziel seiner Bewegung für Europa ist. Diese Form der friedlichen Eroberung durch Missionierung («Dawa») und gezielte Einflussnahme werde von Erfolg gekrönt sein.



Symbol der Grauen Wölfe in Europa.



Der Wolfsgruss der Grauen Wölfe.

Bilder: Wikimedia

Europa, so der Scheich, sei in einem «miserablen Zustand aus Unmoral, Materialismus und Promiskuität» und müsse vom Islam aus diesem Elend befreit werden. «Europa wird keinen Lebensretter, kein Rettungsboot ausser dem Islam finden.» Al Qaradawi vertritt hierbei den politischen Islam, den Islamismus. Die Muslimbruderschaft folgt der Scharia, der «Ordnung Gottes» und ist nach Angaben der Islamwissenschaftlerin Dr. Rita Breuer vom Bundesamt für Verfassungsschutz «zutiefst undemokratisch und Vertreterin eines politischen Islam», der mit den demokratischen Verfassungen der europäischen Staaten und den «Menschenrechten nicht vereinbar» ist.

Zur gezielten Beeinflussung in Europa lebender Muslime wurde 1997 in Dublin der Europäische Fatwarat (European Council for Fatwa and Research, ECFR) unter dem Vorsitz von Yusuf Al Qaradawi (siehe sein Zitat oben) gegründet. Der Fatwarat ist ein Zusammenschluss muslimischer Geistlicher, der Rechtsgutachten zur spezifischen Situation von Muslimen in Europa erstellt.

Nach Angaben der Islamwissenschaftlerin Dr. Rita Breuer sind für den Europäischen Fatwarat «Dialog und Demokratie nur Mittel zum Zweck, der Blick auf die westliche Gesellschaft ist abschätzig, manchmal geradezu verachtend». Die deutschen Verfassungsschutzbehörden stellen fest, dass die Ideologie der Muslimbruderschaft sowie die von ihr angestrebte islamistische Staatsform nicht mit demokratischen Grundprinzipien wie dem Recht auf freie Wahlen, dem Recht auf

Gleichbehandlung sowie der Meinungs- und Religionsfreiheit vereinbar sind.

Die Muslimbruderschaft ist die älteste und weltweit einflussreichste islamistische Bewegung und seit den 1950er-Jahren in Europa präsent und aktiv. Seit ihrer Gründung 1928 in Ägypten hat die Muslimbruderschaft die politischen, religiösen und sozialen Entwicklungen in der arabischen Welt entscheidend beeinflusst.

Die Muslimbruderschaft bildet ein weltweites Netz organisatorischer, persönlicher und finanzieller Verflechtungen. Ihr Gründer, Hassan Al Banna, Islamist der ersten Stunde, sprach sich für die Schaffung einer globalen Bewegung anstelle einer einheitlich strukturierten Organisation aus. Erschwerend für die Sicherheitsbehörden der europäischen Staaten ist, dass die meisten mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehenden Akteure im Westen im Bewusstsein der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden, die sich aus einer möglichen Verbindung zur Muslimbruderschaft ergeben kann, grosse Anstrengungen unternehmen, solche Verbindungen zu verheimlichen.

Daher muss in Europa differenziert werden in Kern-Muslimbruderschaft, Ableger der Muslimbruderschaft sowie Muslimbruderschaft-beeinflusste Akteure. Den Kern der Muslimbruderschaft in Europa bilden die verdeckt operierenden Netzwerke mit einer pyramidenförmigen Struktur. Ableger der Muslimbruderschaft sind sichtbare, öffentliche Organisationen.

Das weite Netz verschiedenartiger, von ihnen kontrollierter Organisationen in Europa kann allerdings nicht unmittelbar

mit der Muslimbruderschaft in Verbindung gebracht werden. Organisationen, die unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft stehen, sind diejenigen, die eine deutlich von der Organisation beeinflusste Weltanschauung vertreten, aber keine klaren operativen Verbindungen zu ihr unterhalten. Einflüsse der Muslimbruderschaft sind hier beispielsweise die Zusammensetzung des Vorstandes, die Finanzierungsquellen der Organisation und ideologisch-programmatische Einflüsse. Die genaue Zahl der Mitglieder der Muslimbruderschaft und zahlreicher mit ihnen verbundener Akteure in Europa ist nicht-öffentlich, liegt aber nach Auswertung verschiedener politikwissenschaftlicher Quellen im Bereich mehrerer Zehntausend bis Hunderttausend.

Furkan-Gemeinschaft

Die Furkan-Gemeinschaft ist eine islamistische Gruppierung aus der Türkei, die zahlreiche Ableger in Europa hat. Sie strebt nach Auffassung verschiedener Sicherheitsbehörden eine im Widerspruch zu allen anderen Zivilisationsmodellen stehende weltweite «islamische Zivilisation» nach der Scharia an, die «allen anderen Zivilisationen überlegen und in Form eines Kalifats zu verwirklichen» sei. So sehe die Furkan-Gemeinschaft jede Form von Demokratie im Widerspruch zu göttlichen Gesetzen stehend an.

Die Furkan-Gemeinschaft ist eng mit der salafistischen Szene Europas vernetzt. Nach Einschätzung der deutschen Bundesregierung handelt es sich bei der «Furkan Gemeinschaft» um eine islamistische

Bewegung, deren langfristiges Ziel die «Vereinigung aller Muslime zu einer einheitlichen Gemeinschaft und die Schaffung einer Welt nach «Gottes Wunsch und seinen Gesetzen» sei. Dementsprechend wird der «Staat» als Gesellschaftsform «des Westens» kategorisch abgelehnt.

Zudem vertritt die Furkan-Gemeinschaft den Standpunkt, dass Koran und Sunna zu allen Zeiten und an allen Orten anwendbare Gesetze beinhalten und dass es ausser Gott in allen Bereichen des Lebens keine andere Autorität geben dürfe (also keine von Menschen gemachten Gesetze, die Grundlage unserer demokratischen, europäischen Volkssouveränität). Somit lehnen Anhänger der «Furkan-Gemeinschaft» die Demokratie als «eine von Menschen erdachte Ideenlehre» ab. Zur Verbreitung ihrer Ideen betreibt die in der Türkei ansässige «Furkan-Stiftung» auch in Europa zahlreiche Websites und Profile in sozialen Netzwerken mit vielen Dutzend Tausenden Followern. Die Furkan-Gemeinschaft ist in zahlreichen grösseren Städten Europas vertreten, auch in der Schweiz, u.a. in Zürich und in Basel.

«Graue Wölfe» (Ülkücü-Bewegung)

Die «Ülkücü»-Bewegung ist nach Angaben verschiedener Sicherheitsbehörden islamistisch-nationalistisch-rassistisch geprägt und misst der eigenen Volksgruppe einen höheren Stellenwert zu als anderen Ethnien. Das ideologische Ziel der «Ülkücü»-Bewegung sei der «Schutz des Türkentums» sowie die Errichtung von «Turan», einem ethnisch homogenen Staat unter Führung der Türken, der die Siedlungsgebiete der Turkvölker umfasst und – je nach ideologischer Lesart – vom Balkan bis nach Westchina oder sogar Japan reicht. Allein in Deutschland zählen die Sicherheitsbehörden aktuell 18 000 Mitglieder der rechtsextremistischen «Grauen Wölfe».

Nach dem islamistisch motivierten Anschlag auf den Lehrer Samuel Paty (Enthauptung) Anfang November 2020 in Paris kündigte die französische Regierung an, eine Reihe von extremistischen Organisationen zu verbieten, darunter eben auch die «Grauen Wölfe». Zuvor hatte es in Lyon an einer Gedenkstätte für die Opfer des Genozids an den Armeniern politisch motivierten Vandalismus gegeben.



Hassan Al Banna , Gründer der islamistischen Muslimbruderschaft.

Im Mai 2020 wurde in Dortmund ein Kurde brutal ermordet. Der Täter posierte auf seiner Facebookseite mit dem sogenannten Wolfsgruss, dem Erkennungsmerkmal der «Grauen Wölfe».

Das Symbol des «Grauen Wolfs» («Bozkurt») und der sogenannte Wolfsgruss (Daumen und Finger des rechten ausgestreckten Arms formen den Kopf eines Wolfs) gelten als Erkennungszeichen der umgangssprachlich als «Graue Wölfe» («Bozkurtlar») bezeichneten Anhänger der «Ülkücü»-Bewegung.

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden stellen fest, dass Antisemitismus ein Wesensmerkmal der «Ülkücü»-Ideologie ist. Die antisemitischen Stereotype reichen von rassistischen Vorstellungen von «minderwertigen» Juden über Verschwörungstheorien – mit Juden als finstere «Strippenzieher» eines internationalen Imperialismus – bis hin zu einer religiös-islamisch begründeten Ablehnung der Juden als Un- beziehungsweise Falschgläubige. Bei den verbandlich organisierten «Ülkücü»-Vereinen tritt ein offener Antisemitismus nach aussen wenig offen zutage. Die um ein positives Erscheinungsbild bemühten Vertreter wirken insoweit erfolgreich auf ihre Mitglieder ein.

Unter den unorganisierten «Ülkücü»-Anhängern finden sich allerdings in den sozialen Netzwerken Personen, die sich auf Grundlage ihrer Ideologie auch offen antisemitisch zeigen. Häufig werden diese Postings allerdings nicht selbst verfasst, sondern entsprechende Aussagen geteilt oder zustimmend kommentiert.

Die Regierung Frankreichs erklärte das Verbot der Organisation der Grauen

Wölfe in Frankreich damit, dass die Grauen Wölfe «Diskriminierung und Hass» schürten und an Gewaltaktionen beteiligt seien. Unter anderem seien Graue Wölfe in gewalttätige Proteste gegen Kurden und Armenier in Frankreich verwickelt gewesen, erklärte der französische Innenminister. Die türkische Regierung kritisierte das Verbot der Grauen Wölfe in Frankreich mit der Erklärung, die Organisation der Grauen Wölfe sei ein «Fantasieprodukt» Frankreichs.

«Aus Taten von Einzelpersonen» schliesse man auf eine Bewegung. Die Entscheidung zeige ausserdem, dass die französische Regierung «vollkommen ein Gefangener der armenischen Kreise geworden» sei, so die türkische Regierung. Vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Armenien und Aserbaidschan 2020 in Bergkarabach hatte es in einigen französischen Städten Proteste von Grauen Wölfen gegen Armenien gegeben.

Fazit

Ende November 2020, kurz nach dem islamistischen Mord am Lehrer Samuel Paty (Enthauptung wegen besprochener Mohammed-Karikaturen) verfügte die französische Regierung, dass Imame in Frankreich in Zukunft dort ausgebildet und zertifiziert werden müssen, um beispielsweise den islamistischen Einfluss von Wahhabiten aus Saudi-Arabien zu minimieren. Nach dem Prinzip «wer Extremisten erst bekämpft, wenn sie Terroristen werden, kommt zu spät» müssen die Regierungen und Sicherheitsbehörden der europäischen Staaten ebenso wie die Medien und zivilgesellschaftliche Akteure möglichst schnell begreifen, dass aus den islamistischen Ideologieelementen «legalistischer» Organisationen und Akteuren in Europa demokratiefeindliche Ideen und Rhetorik erwachsen, die unsere Demokratie und unsere Verfassungen nachhaltig schwächen.

Mit ihrer Auslegung des Islam stehen Islamisten im Widerspruch zu den in den Verfassungen europäischer Staaten verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäusserung und der allgemeinen Gleichberechtigung. Ein wesentliches ideologisches Element des Islamismus ist ausserdem der Antisemitismus. ■